

Rede zur Verabschiedung der Haushaltssatzung am 03.04.2006 im Rat der Stadt Remscheid des Vorsitzenden der SPD-Fraktion Hans Peter Meinecke.

(Es gilt das gesprochene Wort - Sperrfrist 3.4.2006, 16.30 Uhr)

Die deutsche Staatsverschuldung betrug Ende 2005 etwa 1,5 Billionen Euro, was 18.000 Euro pro Kopf der deutschen Bevölkerung entspricht. Diese Summe haben Bund, Länder und Kommunen als Kredite aufgenommen, die zurückgezahlt und deren Zinsen bedient werden müssen.

Wir in Remscheid gehören dazu.

Unstrittig ist, dass das Geldvermögen der deutschen Privathaushalte Ende 2004 die Summe von 4 Billionen Euro überstieg. Ein für jeden erkennbares Missverhältnis zwischen öffentlichen und privaten Kassen.

Im Grundgesetz der BRD heißt es in Art. 28 Abs. 2 GG:
"Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln." Und weiter:
„Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung.“

Ist die Gewährleistung der Selbstverwaltung überhaupt noch gegeben?
Wie und wo sollen wir die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung festlegen?

Wie war es möglich, dass der Remscheider Anteil am Finanzierungsdefizit aller Kommunen in NRW inzwischen gut 4% ausmacht? Das gilt übrigens insbesondere für die Höhe der aufgenommenen Kassenkredite.

Die sind 4 % der Kassenkredite aller Kommunen in NRW – dabei stellt Remscheid gerade einmal 0,65 % der NRW-Bevölkerung.

Würde man die Relation von Bevölkerung und Überziehungskrediten angleichen, müsste Remscheid eine Stadt mit weit mehr als 700.000 Einwohnern sein,
oder bei Maßgabe unserer Größe nur rund 65 Millionen statt 400 Millionen Euro Kassenkredite aufnehmen.

Die Lage ist ernst, ja bitter ernst. Bereits heute darf jeder Remscheider – vom Neugeborenen bis zum Greis – über 3.300 Euro Anteil am Überziehungskredit des Remscheider Verwaltungshaushalt sein eigen nennen. Vor drei Jahren waren es noch etwas über 2000 Euro.

Ist das eine Zukunftsperspektive für Remscheid? Ich habe in den Haushaltsreden der vergangenen Jahre immer wieder angemahnt, dass die Schuldenspirale nicht weiter gedreht werden darf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Verwaltung und des Rates,
wir sind Treuhänder der Bürger. Wir haben die Verpflichtung sorgsam und wohlbedacht zu handeln – nicht um des eigenen Vorteils willen, sondern um der Allgemeinheit willen.
Wir bilden gemeinsam die Selbstverwaltung der Stadt Remscheid. Die Bürger, unsere Auftraggeber, dürfen mit Recht eine gute und nachhaltige gemeinsame Arbeit erwarten.

Das gilt auch und besonders in finanziell schwierigen Zeiten. Wir müssen unsere Mitbürger bei diesen Fragen ins Boot holen, ihnen die Gelegenheit geben, Ideen zu entwickeln und Lösungen zu finden. In der Bevölkerung ist hierzu genügend Kreativität vorhanden. Und in gleicher Weise auch die Einsicht, dass nicht alles so bleiben wird, wie es bisher war.

Eine Bitte an die Beigeordneten und die Oberbürgermeisterin:
Lassen sie nicht zu, dass der Eindruck entsteht, die Verwaltung würde in verschiedene selbstständige Bereiche zerfallen, die teils unkoordiniert, teils gegeneinander arbeiten.
Die Verwaltung der Stadt Remscheid wird gem. § 40 GO durch den Willen der Bürgerschaft bestimmt. Weiter ist festgelegt, dass dabei die Bürgerschaft durch den Rat und die Oberbürgermeisterin vertreten werden. Der Rat ist das wichtigste Organ der Gemeinde.
Alle Rechte, Pflichten und Verantwortlichkeiten gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Remscheid haben der Rat und die Oberbürgermeisterin.

Von Beigeordneten, Fachbereichsleitern usw. ist in der Gemeindeordnung in diesem Zusammenhang nicht die Rede, auch wenn manchmal durch das Auftreten bestimmter städt. Bediensteter einschließlich Beigeordneter ein anderer Eindruck entstehen kann. Bei den städt. Finanzen hat daneben noch der Kämmerer, als der für das Finanzwesen der Stadt Verantwortliche, eine eigenständige Aufgabe und Verantwortung zu erfüllen.

Anrede,
dieser kleine Ausflug in die Gemeindeordnung war wichtig, um noch einmal die Regeln der kommunalen Selbstverwaltung in Erinnerung zu rufen.
Der Rat und die Oberbürgermeisterin müssen entschieden dagegen vorgehen, wenn sich Beigeordnete und vielleicht auch Amtsleiter über die Gemeindeordnung und den Willen des Rates hinwegsetzen wollen. Dies ist grundsätzlich nicht akzeptabel.

Der Umgang mit Geld gehört zweifellos zu den am intensivsten zu kontrollierenden Tätigkeiten im öffentlichen und halböffentlichen Bereich und lassen sie mich das noch hinzufügen, insbesondere wenn fast alle Ausgaben durch Kredite finanziert werden müssen.

Es kann nicht angehen, dass Geldausgaben fast unbegrenzt ohne Entscheidungen des Rates erfolgen. Auch eingerichtete Haushaltsstellen sind kein Freibrief dafür, unkontrollierte nicht demokratisch legitimierte Maßnahmen durchzuführen.

Beispiele dafür sind genug zu finden. Es kann nicht sein, wenn wir die Repräsentanten der Bürger unserer Stadt durch Beschlüsse versuchen, die Ausgaben zu beschränken und im Gegensatz dazu in einigen Bereichen, wie z.B. der Wirtschaftsförderung, der Rat fast nichts davon erfährt, für was denn wie viel Geld ausgegeben wird.

Wir werden im weiteren Verlauf der Sitzung z.B. darüber sprechen, dass für Veranstaltungen der Regionale in diesem Jahr über 250.000 Euro ausgegeben werden sollen, ohne dass Gremien des Rates in diese Planung konkret einbezogen wurden.

Erst auf Anfrage wurde uns eine unzulängliche Liste vorgelegt.

Eine nähere Erklärung wurde ebenfalls erst auf schriftliche Anfrage nachgereicht. In dieser Darstellung wird auf Frage vom Baudezernenten eine Zuständigkeit des Rates nicht eingeräumt.

Anrede,

wo sind wir eigentlich? Zu dieser Unverschämtheit habe ich auch nach gründlichem Studium der Gemeindeordnung keinen Passus gefunden, in der Beigeordnete die Allzuständigkeit des Rates beschränken dürfen. Eine tolle Aussage!

Ich könnte noch eine ganze Reihe von Beispielen hier vorbringen, wie bei uns hier in Remscheid teilweise mit den Finanzen verfahren wird.

Anrede,

der Rat will ab sofort mit dem im letzten Rat einstimmig beschlossenen Haushaltsbegleitbeschluss diese bisher unkontrollierten Ausgaben stärker beeinflussen. Wir werden gut daran tun, wir alle gemeinsam, gewissen Praktiken einen Riegel vorzuschieben.

Wir maßen uns als Rat nicht an, per se bessere Entscheidungen zu treffen, aber wir sind dazu von den Bürgern gewählt und berufen. Wir wollen im Interesse der Stadt weniger Geld ausgeben und den Haushalt konsolidieren.

Anrede,

es sieht nun so aus, als hätten wir alle gemeinsam in diesem Rat den Mut zur grundlegenden Veränderung der Finanzpolitik gefunden.

Wir haben uns im vergangenen Jahr zusammengesetzt und einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zum Haushalt 2005 und Zielsetzungen zu den Haushalten 2006 und folgende Jahre vereinbart. In diesem Jahr haben wir unsere gemeinsame Entschlossenheit die Ausgaben zu kürzen, durch einen zusätzlichen Beschluss bekräftigt.

Ich bedanke mich für diese erkennbar konstruktive Haltung bei allen Kolleginnen und Kollegen dieses Rates.

Der Anfang ist gemacht. Ich bitte nun alle Ratsmitglieder, aber insbesondere auch die Verwaltung, diese gemeinsame Willensäußerung des Rates der Stadt Remscheid ernst zu nehmen. So ernst, dass jeder Mitarbeiter an welcher Stelle auch tätig, sich selbst verantwortlich machen sollte, zur Konsolidierung des städt. Haushalts beizutragen.

Wir erwarten einfach, dass jeder Verwaltungsmitarbeiter mithilft, das fast unmögliche zu schaffen.

Mit den Vorgaben des Innenministeriums zur Darstellung der Ausgaben im Vermögenshaushalt wird deutlich, dass bei den unrentierlichen Ausgaben, also Ausgaben, die nicht durch Gebühren refinanziert werden, solche den Vorrang genießen, die entweder gesetzliche Pflichtaufgaben darstellen oder zur Sicherung der kommunalen Vermögenssubstanz dienen. Dazu kommt ab 2007 eine Netto-Kreditaufnahme von Null.

- Diese genannten Grundsätze wollen wir gemeinsam umsetzen,
- Wir wollen gemeinsam die kommunale Vermögenssubstanz sichern
- Wir wollen gemeinsam die Sach- und Betriebsausgaben der Verwaltung reduzieren.
- Wir wollen gemeinsam die Personalkosten auf eine vernünftige Relation zu den Aufgaben bringen.
- Wir wollen gemeinsam ein Personalentwicklungskonzept entwickeln, welches gleichzeitig das vorhandene Personal motiviert, die Aufstiegs- und Entwicklungschancen der Mitarbeiter transparent macht, die Beförderungschancen der Beamten sichert und befähigte Mitarbeiter auf Führungsaufgaben vorbereitet.
- Wir wollen moderne Führungskriterien verstärken, insbesondere das Instrument der Zielvereinbarung auf allen Ebenen einführen bzw. verstärken.
- Die Verwaltung wird beauftragt, alle Leistungen an Dritte auf den Prüfstand zu stellen.
- Wir wollen auf die unumgänglichen rechtlichen Standards zurück, Wir wollen überprüfen, ob bei Leistungen die nur dem Grunde nach verpflichtend sind, Kürzungen möglich erscheinen.
- Wir wollen letztendlich auch nicht ausschließen, ob jetzt wahrgenommene Aufgaben in andere Rechtsformen überführt

werden können um Kosten zu sparen. Eine Privatisierung aus ideologischen Gründen ist mit der SPD-Fraktion allerdings nicht zu machen. Die Interessen der Mitarbeiter haben bei uns weiterhin einen sehr hohen Stellenwert.

Anrede,

Für die SPD-Fraktion hat auf der anderen Seite weiterhin absolute Priorität:

- der Ausbau der Kinderbetreuung in allen Formen die nachgefragt werden und finanzierbar sind,
- die Weiterentwicklung der Schullandschaft und die Leistungsfähigkeit der Schulen in Remscheid
- und die Integration und Förderung von Migrantenkindern.

Die Mittel, die hier zusätzlich zur Verfügung gestellt werden müssen, sind in anderen Bereichen des städtischen Haushalts zu erwirtschaften.

Anrede,

Keine Priorität haben für die SPD-Fraktion

- Ausgaben für unnütze Fantasieplanungen
- damit zusammen hängende Gutachten, Studien und Versuche
- zusätzliche und entbehrliche Beratungsstellen
- unsinnige, entbehrliche Geldausgaben
- und weitere freiwillige Leistungen um Steckenpferde von Ratsmitgliedern oder Verwaltungsangehörigen zu reiten.

Die Fraktionsvorsitzenden haben gemeinsam beschlossen, nach mehreren Gesprächen mit OB und Kämmerer den vorgelegten HH-Planentwurf um insgesamt 10 Mio. zu kürzen.

Diese Absicht wurde von den Fraktionen im Rat der Stadt einstimmig beschlossen und soll nun in die Verabschiedung der um 10 Mio. Euro in der Ausgabe gekürzten Haushaltssatzung einmünden.

Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich hier den festen Willen der Fraktionsvorsitzenden darstelle, in den nächsten Monaten auch die Einnahmesituation gemeinsam mit OB und Kämmerer unter die Lupe zu nehmen.

Wir müssen versuchen die Defizite und damit die städt. Zuschüsse zu verringern. Das betrifft letztendlich alle Einnahme-Haushaltsstellen die vom Rat beeinflussbar sind.

Ich rede hier nicht um den heißen Kern herum. Auch Erhöhungen der Gemeindesteuern müssen diskutiert werden. Ich meine hier übrigens alle Steuern.

Die SPD ist aber nicht bereit, den Bürger zusätzlich zu belasten, wenn nicht deutlich wird, dass auch die Ausgaben verringert worden sind. Nur Abgaben- und Steuererhöhungen sind mit der SPD-Fraktion nicht zu machen.

Anrede,

Wir alle wollen nach unserer gemeinsamen Verabredung Haushaltsberatungen einmal ganz anders durchführen. Wir wollen den Ausgabenbereich deckeln und dann erst die Priorität der verschiedenen Ausgabepositionen festlegen.

Wir wollen uns selbst und alle anderen Beteiligten an diesem Prozess auf diese Art und Weise in die Pflicht nehmen bei dem Bemühen, einer zumindest Teilkonsolidierung des städt. Haushalts.

Dazu folgende Bemerkungen.

- ? Wir erwarten von den Dezernaten und Fachbereichen Vorschläge, wie die pauschal gekürzten Ausgabenansätze im Rahmen der Dezernatsbudgets umgesetzt werden können.
- ? Wir erwarten eine vernünftige Zusammenarbeit zwischen den Ausschüssen und der Verwaltung.
- ? Wir wünschen uns, dass sich in der Verwaltung eine Art Wettbewerb der Ideen für Sparmaßnahmen entwickelt.
- ? Wir erwarten, dass alle Fachbereiche und Dezernate ihren Anteil an den unumgänglichen Sparmaßnahmen erreichen.
- ? Wir fordern von der Verwaltung eine größere Kostentransparenz und –klarheit. Wir werden in diesem Sinne keine Vorlage der Verwaltung mehr behandeln, in der nicht zumindest nachvollziehbar dargestellt wird, welche Kosten der positive, bzw. auch der negative Entscheid bringen würde. Das gilt vom Bebauungsplan bis zu allgemeinen Veranstaltungen.
- ? Ich erinnere an den Haushaltsbegleitbeschluss, alle kostenrelevanten Maßnahmen dem Finanzausschuss zur Genehmigung vorzulegen.
- ? Wir verpflichten uns, keine kostenträchtigen neuen Maßnahmen zu fordern, zumindest aber wenn dies nötig sein sollte, einen klaren nachvollziehbaren Finanzierungsvorschlag zu machen.
- ? Wir erwarten, dass so nachhaltig geplant wird, dass überplanmäßige und in diesem Sinne auch außerplanmäßige Bereitstellungen nicht erfolgen müssen.
- ? Ich kündige an, dass die SPD-Fraktion keiner überplanmäßigen Bereitstellung ab sofort zustimmen wird, wenn nicht klar begründet wird, dass auch bei vorausschauender Planung unter Einbeziehung aller Haushaltsstellen des Dezernats dieses nicht zu vermeiden war.
- ? Wir erhoffen, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Verwaltungsvorstand und den Fraktionen.
- ? Letztendlich appelliere ich an alle Beteiligten, Verwaltung und Rat, alles in ihren Kräften stehende zu tun, damit unsere Operation gelingt.
Es hängt davon sehr viel ab, insbesondere im Hinblick auf die kommenden Jahre.

Ich bedanke mich hier noch einmal ausdrücklich bei der Oberbürgermeisterin und dem Kämmerer, für die weitgehend konstruktive Gesprächsatmosphäre.

Ich bedanke mich jetzt schon bei den Beigeordneten, für ihre notwendige Hilfe bei der schwierigen Aufgabe in der nächsten Zeit.

Ich bedanke mich darüber hinaus bei den Beschäftigten der Stadtverwaltung die an der Operation „Geld sparen“ teilnehmen wollen, für ihre Bereitschaft und ich bitte sie gleichzeitig, für diese wichtige aber bereits überfällige Aktion zu werben.

Ich bedanke mich aber insbesondere bei den Fraktionsvorsitzenden für die Bereitschaft, gemeinsam etwas zu erreichen und ich freue mich, dass sie liebe Kolleginnen und Kollegen Ratsmitglieder die notwendige Ruhe und Gelassenheit bei all den anstehenden Maßnahmen beweisen werden können und populistische normalerweise dem Wahlkampf geschuldete Ausfälle mit Kostenfolgen möglichst vermeiden. Nur gemeinsam werden wir dem Ziel etwas näher kommen.

Anrede,

Wer von soviel gemeinsamen Wollen schwindlig zu werden droht, den kann ich beruhigen – es gibt erkennbar noch genügend Themen, bei denen die Fraktionen unterschiedler Meinung sind. Eine Einheitssauce wird es nicht geben.

Aber wir wollen, zumindest die SPD-Fraktion will dies, zum Wohle Remscheids mit ihnen allen am gleichen Finanzstrick ziehen.

Am gleichen Ende und in die gleiche Richtung.

Und wir werden daher heute wie im vergangenen Jahr einem Haushalt zustimmen, der eigentlich nicht zustimmungsfähig ist.

Aber wir wollen uns auf den Weg machen und wenn sie liebe Kolleginnen und Kollegen mitgehen wollen, so würde ich mich darauf freuen mit ihnen allen ein wichtiges Stück Weges der Remscheider Geschichte gemeinsam zurückzulegen, zum Wohle unserer Kinder und Kindeskinde.
